

## Asylpolitisches Forum, 9.12.2017, 11 Uhr, Haus Villigst

### *Begrüßung*

Sehr geehrter Herr Minister, lieber Herr Stamp,

als Vertreter der Hausherrin, der Ev. Kirche von Westfalen, begrüße ich Sie herzlich bei Ihrem ersten Besuch in Haus Villigst, dem Tagungs- und Begegnungszentrum unserer Landeskirche. Haus Villigst ist zugleich Sitz zahlreicher Ämter und Einrichtungen wie Ev. Studienwerk, Pädagogisches Institut, Amt für Jugendarbeit, Institut für Aus-Fort und Weiterbildung sowie eben dem Institut für Kirche und Gesellschaft mit seiner Akademie als Ort des gesellschaftspolitischen Diskurses.

Heute sind Sie zum asylpolitischen Forum gekommen. Diese Veranstaltung folgt einer guten Tradition und ist gemeinsame Plattform vieler in der Flüchtlingsarbeit engagierter Bürger, Christen und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Sie eint ein anwaltliches Verhalten für geflüchtete Menschen und, manchmal auch scharf und eindeutig die Forderung nach Einlösung des Versprechens, Flüchtlingspolitik aus der Perspektive der Betroffenen zu gestalten.

Kirchliche Anfragen und Positionen, aber auch den Dank für manche gemeinsame Sichtweise werde ich in einem Statement auf dem Podium aussprechen. An dieser Stelle nur: Danke, dass Sie gekommen sind. Es soll nicht der letzte Besuch in unserem Hause sein!

### *Statement*

Für unsere Kirche nenne ich sieben Punkte:

1. Fluchtursachen bekämpfen muss in der Flüchtlingspolitik an erster Stelle stehen. Das meint keinen Ausbau von Lagern in den Herkunftsländern oder bei den Nachbarn, sondern das meint die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Friedensbemühungen quer durch die Konfliktparteien, wie wir sie gerade wieder bei der Afghanistantagung würdigen konnten. Hierfür wird wesentlich weniger Geld eingesetzt als für den Haushalt militärischer Konfliktinterventionen. Wir bitten Sie, diese Forderung politisch zu unterstützen.
2. Zur Flucht gezwungene Menschen brauchen sichere Wege, um ihr Leben zu retten. Deshalb regen wir an, neben der Erweiterung der Resettlementprogramme auch in NRW ein Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Personen zu initiieren – ähnlich der

Aktion mediterranean hope in Italien. Kirchen und Land sollten hier zusammenwirken – eine Initiative dazu haben wir gerade gestartet.

Die Beschleunigung der Bearbeitung von Asylanträgen bei Wahrung des Rechts auf individuelle Beurteilung des Einzelfalls ist dringlich. Mit Sorge beobachten wir, dass in den sogenannten beschleunigten Verfahren die Unterbringungssituation die Möglichkeiten der Verfahrensberatung sowie der Aufsuche von Anwälten oder gar Verwaltungsgerichten nicht gewährleistet ist. Werden die Amtsgerichte tätig, bescheiden sie oft im Sinne der Asylbewerber. Eine solche Überprüfungsfrist abzusichern bleibt auch Anliegen der Kirchenasyle, von denen wir unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht Abstand nehmen können.

Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz für langjährig und integriert lebende Geduldete Personen ebenso wie für Ihre Ablehnung von Rückführungen nach Syrien; Ihr Engagement für die Schulpflicht geflüchteter Jugendlicher und den Respekt, den Sie an dieser Stelle hilfsbedürftigen Menschen schenken.

Für die Integration und im Sinne der Bedeutung von Familien für die gelingende Sozialisation fordern wir weiterhin den Familiennachzug auch für die, die subsidiären Schutz erhalten. Viele kehren freiwillig gerne zurück, wenn es die Situation zulässt. Und abschreckende Zahlen schüren unnötig Ablehnung.

3. Wir danken Ihnen auch für die Aussagen zur Verpflichtungserklärung, die gutwillige Bürger unter anderen Erwartungen übernommen haben und die sie jetzt angesichts der Länge der Zahlungen z.T. finanziell in die Insolvenz treiben. Wir bitten, diese Zahlungen nach Anerkennung des Status als Asylbewerber auszusetzen, bis die Rechtslage eindeutig geklärt ist (ganz ohne Einfluss sind hier Länderminister ja auch nicht).
4. Danken möchten wir Ihnen ebenfalls für Ihr Engagement für ein Einwanderungsgesetz. Wir fordern das schon lange. Es entlastet die Asylthematik und differenziert entsprechend die Gruppen der Ankommenden. Dabei halten wir es für notwendig, dass auch die Interessen derer, die wegen der Armut oder der EU Arbeitnehmerfreizügigkeit als Zuwanderer zu uns gekommen sind, in einem zumutbaren Maß ebenfalls Berücksichtigung finden.
5. Wünschenswert ist eine stärkere Kooperation der beteiligten Akteure in den Behörden. Aus eigener Betroffenheit weiß ich, wie schwer es ist, die notwendigen Zuständigkeiten ausfindig zu machen. Ohne ehrenamtliche Patinnen und Paten ist das von den

angekommenen Menschen nicht zu leisten. Wir brauchen unbedingt weiterhin Programme wie „Komm an“ und hauptamtliche Mitarbeitende, die das wunderbar starke ehrenamtliche Engagement unterstützen. Dem Angebot der Arbeitgeber sollten verstärkt Bildungsangebote und Integrationsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt unterstützend zur Verfügung gestellt werden.

6. Gegen eine – manchmal auch politisch betriebene – Stimmungsmache, die die Notlage der betroffenen Menschen in den Hintergrund stellt und vergisst, dass Migrationsnotwendigkeit immer bestanden haben und bestehen werden – in der Geschichte auch für Deutsche – sollten wir gemeinsam die Begegnungsmöglichkeiten stärken und im Respekt vor unserer gemeinsamen Geschöpflichkeit durch einen wertschätzenden Gott mit den Möglichkeiten, die wir haben, für in Not geratene Menschen eintreten.
7. Ich darf Ihnen nun alle Beschlüsse unserer diesjährigen Landessynode überreichen.